



### Landessieger „Jugend debattiert“ im Landtag gekürt

Auch in diesem Jahr war der Thüringer Landtag Austragungsort des Landesfinals von „Jugend debattiert“. Die acht rhetorisch besonders begabten Finalteilnehmer haben sich in mehreren Vorrunden auf der Klassen- und Schulverbunde-

Erstplatzierten, sondern auch alle anderen Teilnehmer beherrschen die Kunst des Debat- tierens. Der Austausch von Argumenten in der öffentlichen Debatte ist das Grundelement der parlamentarischen Demo- kratie. ‚Jugend debattiert‘ lei- tet hierbei Pionier- arbeit und über- nimmt eine wichtige Aufgabe“, so Frau Diezel weiter. Während die Vertreter der Jahrgangsstufen 8 bis 10 über die Frage „Sollen Smart- phones im Unter- richt zugelassen werden?“ disku- tierten, ging es bei den Jahrgängen 11 bis 13 darum, ob



Die beiden Erstplatzierten: Selina Dürrbeck, Heinrich-Böll-Gymnasium Saalfeld, Jonas Eberhardt, Edith-Stein-Schule Erfurt

bene durchgesetzt, bevor sie im Plenarsaal des Landtags gegeneinander antraten. Das dies- jährige Landesfinale des Wett- bewerbs „Jugend debattiert“ gewannen Selina Dürrbeck, 15 Jahre, Heinrich-Böll-Gymna- sium Saalfeld (Klassenstufe 8 bis 10) und Jonas Eberhardt, 16 Jahre, Edith-Stein-Schule Erfurt (Klassenstufe 11 bis 13). Land- tagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) gratulierte den Teilneh- mern zu ihrem Sieg: „In die- sem Jahr haben wir wieder aus- gezeichnete Leistungen mit- erleben können. Nicht nur die

die NPD verboten werden soll. Insgesamt beteiligten sich in Thüringen rund 2.600 Schüler ab Klassenstufe 8 aus 34 Regel- schulen, Gesamtschulen, Gym- nasien und Berufsschulen an dem Wettbewerb. Das Landesfi- nale wurde als Teil des bundes- weiten Debattenwettbewerbs von der gemeinnützigen Her- tie-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur ausgerichtet. Die beiden Erstplatzierten werden Thürin- gen beim Bundesfinale im Ber- lin am 23. Juni vertreten.

### Girls' und Boys' Day 2012 im Landtag

Am 26. April fanden anläss- lich des diesjährigen Girls' und Boys' Day wieder 30 junge Men- schen – 23 Mädchen und 7 Jun- gen - den Weg in den Thüringer Landtag. Der Boys' Day, der zum ersten Mal im Landesparlament durchgeführt wurde, wurde auf

protokollierung oder in der Bi- bliothek. Wie in den Jahren zu- vor erhielten auch interessierte Mädchen ab der Klassenstufe 9 Einblicke in den Arbeitsalltag der Landtagsverwaltung. Land- tagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) (2. Reihe, 4.v.r) begrüß- te die teilneh- menden Jugendlichen:



Initiative von Bundesfamilien- ministerin Kristina Schröder an diesem Tag deutschlandweit bereits zum zweiten Mal veran- staltet. Im Landtag wurden den Jungen Berufe vorgestellt, in denen derzeit vorwiegend Fra- uen arbeiten wie beispielsweise in der Ausschuss- und Plenar-

„Nicht immer fällt die Wahl leicht und so manch einer kommt über Umwege zum Traumberuf. Doch bietet die Arbeits- welt heute so viele Möglichkeiten wie noch nie zuvor.“

Girls' und Boys' Day sollen da- her den Blick für die Vielfalt der sich bietenden Chancen weiten und auf Berufe aufmerksam machen, die zunächst vielleicht gar nicht im Blickfeld lagen, bei näherem Hinsehen aber umso aussichtsreichere Perspektiven eröffnen“, so Frau Diezel.

### Petra Arndt zeigt mit „Humilitas“ ihr vielschich- tiges Werk



Skulpturen, Keramiken und Grafiken der Thüringer Künst- lerin Petra Arndt prägen gegen- wärtig das Funktionsgebäude des Thüringer Landtags. Unter dem Titel „Humilitas“ versucht die Ausstellung in einer Sym- biose aus Keramik, Kunststoff, Lyrik und Grafik zu ergründen, was den Menschen ausmacht und was ihn trägt. Landtags- präsidentin Birgit Diezel (CDU) eröffnete Anfang Mai gemein- sam mit der Laudatorin Diana Trojca die Kunstaussstellung. „Petra Arndts Kunst offenbart uns einen spirituellen Zugang zu den großen Fragen des Le- bens“, so Frau Diezel während der Eröffnung. „Sie sucht Wirk- liches statt Wirkung. Demut, Fürsorge und Verantwortung

– zwischen die- sen Polen entfaltet sie ihr künstle- risches Schaffen. ‚Humilitas‘ ver- weist auf die Erd- verbundenheit des Menschen. Das Schicksal des Men- schen beschreibt die Künstlerin als Werden und Ver- gehen. Das sind für

sie die Kernthemen menschli- chen Seins und damit auch die Kernthemen ihrer Kunst“, so die Landtagspräsidentin wei- ter. Petra Arndt, geboren 1958 im thüringischen Schlotheim, lebt als freischaffende Künst- lerin seit mehr als 30 Jahren in Volkenroda. Ihre Kunst ist ge- kennzeichnet durch die Aus- einandersetzung mit dem Menschsein, der Verwandlung des Geistes und des heutigen Stellenwerts von Gott und der Verschmelzung von Mensch und Natur.

**Die Personalschau kann noch bis zum 4. Juni im Thüringer Landtag Montag bis Freitag von 8.00 bis 18.00 Uhr (außer an Plenartagen) besucht werden.**

## Aus der Arbeit der Ausschüsse

### Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz

#### Kein Pumpspeicherkraftwerk an der Ohra-Talsperre

Im Fokus der letzten Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz stand die Anhörung der Firma Trianel GmbH und der Thüringer Fernwasserversorgung. Im Ergebnis der Anhörung lehnten beide den Bau eines Pumpspei- cherkraftwerkes an der Ohra-Tal- sperre ab. Ausschussvorsitzender Tilo Kummer (DIE LINKE) sagte: „Die Talsperre Ohra wäre zwar geeignet. Kosten, Flächenverbrauch und Umsetzungsfristen sprechen jedoch gegen eine Nutzung als Pumpspeicherkraftwerk.“ Zudem müsste im Hinblick auf die Nut- zung der Ohra als Pumpspeicher, eine neue Talsperre durch die Fir- ma Trianel GmbH errichtet wer- den. Zwar wäre der Flächenver- brauch bei einer neu errichteten Talsperre um das 2,5-fache höher als bei der Nutzung der Schmal- wasser, jedoch würde die Zeit bis zur Realisierung an der Ohra 20 Jahre, hingegen die Realisierung der Schmalwasser nur zehn Jahre benötigen, so der Geschäftsfüh- rer der Thüringer Fernwasser-

sorgung, Ralf Rauch. Außerdem sei die vorgesehene Leistung der Ohra um ein Drittel niedriger als veranschlagt. Geschäftsführer Rauch machte weiterhin deut- lich, dass der Fernwasserbedarf aus der Ohra-Talsperre langfris- tig gesichert sei und bereits eine Vertragsverlängerung mit der Landeshauptstadt anstehe.

Des Weiteren gab die Firma Tri- anel in der Anhörung bekannt, dass es aus ihrer Sicht neuer rechtlicher Rahmenbedingun- gen bedarf, um künftige Pump- speicherkraftwerke für den Netzausbau zu nutzen. Beson- ders Spitzenbelastungen der Höchstspannungsnetze ließen sich durch ihren Einsatz vermei- den. Ob jedoch die umstrittene 380 kV-Leitung durch den Thür- inger Wald durch die Nutzung des Pumpspeicherkraftwerkes überflüssig werde, konnte die Firma Trianel GmbH nicht be- antworten. Dies müsse die Firma 50Hertz als Betreiber und Bau- planer der Höchstspannungslei- tung beantworten können.





Vier Jahre im Amt: Dr. Klaus Zeh gratulierte im Namen der Fraktion ihrem Vorsitzenden Mike Mohring zu vier erfolgreichen Jahren im Amt. „Mit Mike Mohring haben wir uns zu einer schlagkräftigen Truppe entwickelt“, sagte Dr. Zeh in der Fraktionssitzung. Er selber nahm ebenfalls Glückwünsche entgegen. Dr. Zeh gewann die Stichwahl und wird neuer Oberbürgermeister von Nordhausen.



## Mitwirkungsrechte von Senioren werden gestärkt

Mit den Stimmen von CDU und SPD wurde jetzt das Seniorenmitwirkungsgesetz der Landesregierung mehrheitlich angenommen, das einen umfassenden und flächendeckenden Ausbau der Interessenvertretung und Mitbestimmung der Senioren sicherstellt, ohne die öffentlichen Haushalte zu überfordern. „Im Koalitionsvertrag haben wir uns für eine bessere Seniorenmitbestimmung ausgesprochen. Künftig soll es nun verpflichtendes Ziel aller Behörden des Landes und der Kommunen sein, Mitwirkungsrechte der Senioren zu stärken“, so der seniorenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Gumprecht, im Plenum. Außerdem sollten die Kommunen zur Bildung von Seniorenbeiräten veranlasst werden. Auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte seien Seniorenbeauftragte vorgesehen. Gemeinsam mit dem seniorenpolitischen Konzept, das die Landesregierung im vergangenen November vorgelegt hat, ist das Seniorenmitwirkungsgesetz für Gumprecht zugleich der Beitrag des Landes zum „Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“.

## Kein früherer Hafturlaub für Schwerverbrecher Vollzug der Freiheitsstrafen dient dem Schutz der Allgemeinheit

Die CDU-Fraktion lehnte in einer von ihr beantragten Aktuellen Stunde im Thüringer Landtag einen früheren Hafturlaub für Schwerverbrecher energisch ab. Hintergrund der Diskussion ist der Musterentwurf einer 10-Länder-Arbeitsgemeinschaft für ein Landesstrafvollzugsgesetz. Danach ist geplant, dass Schwerverbrecher bereits nach fünf Jahren in Hafturlaub können, statt wie nach bisheriger Gesetzeslage vorgesehen nach zehn Jahren.

„Es geht hier um solche Täter, die Delikte begangen haben, bei denen das Strafgesetzbuch aus gutem Grund Höchststrafen vor-

sieht. Deshalb wird es mit der CDU keinen früheren Urlaub für Mörder, Totschläger, Kinderschänder, Geiselnahmer



oder Terroristen geben“, sagte der justizpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Manfred

Scherer (im Bild), im Plenum. Es werde nicht ausreichend berücksichtigt, dass der Vollzug der Freiheitsstrafe nicht zuletzt dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten diene. „Höchststrafen sind wohlbegründet und werden erst nach einem ordentlichen, rechtsstaatlichen Verfahren verhängt. Hinter dem berechtigten Anliegen einer Resozialisierung dürfen die Verbrechensopfer und der Sühnedenke nicht aus dem Blick geraten“, so Scherer. Auch der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) erteilt diesen Plänen eine klare Absage.

## Lohnuntergrenze gegen Lohndrückerei und für faire Löhne

„Ein wirksames Mittel gegen Lohndrückerei und für faire Löhne ist die von der CDU vorgeschlagene Lohnuntergrenze.“ Davon ist die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Elke Holzapfel, überzeugt. Die CDU will für alle Arbeitsverhältnisse allgemeinverbindliche Lohnuntergrenzen einführen, für die kein Tarifvertrag existiert. Aushandeln sollen diese Mindestbezah-

lung Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter. Ein Punkt auf den Holzapfel Wert legt: „Die Tarifpartner sollen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Mit uns wird es keinen politisch festgelegten Mindestlohn geben. Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen sich einigen, was geht. Zudem darf es keine Ost-West-Unterschiede bei der Lohnuntergrenze geben“, so Holzapfel wörtlich.

## CDU-Fraktion fordert mehr Anbau von Eiweißpflanzen

Die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD haben den Anbau von Eiweißpflanzen in Thüringen zur Versorgung der Tierbestände mit heimischem Eiweißfutter auf die Tagesordnung der letzten Plenarsitzung gesetzt. „Uns geht es darum, mehr eiweißhaltige Pflanzen wie Ackerbohnen, Erbsen oder Lupinen anzubauen. Damit können Tiere gefüttert werden, statt auf

importiertes Soja zurückzugreifen“, erläuterte die Obfrau der CDU-Fraktion im Agrarausschuss, Christina Tasch, das Anliegen. Neben der Gentechnikfreiheit im heimischen Anbau spricht auch eine Auflockerung der getreidebetonten Fruchtfolgen für den Anbau. „Im Sinne des Erhalts der Biodiversität ein absolut notwendiger Schritt“, so Tasch.

## Seniorenrecht ist „zahnloser Tiger“

„Ein Gesetz einzubringen, das am Status Quo nichts ändert, ist mehr als überflüssig“, kritisierte MdL Karola Stange das Seniorenmitwirkungsrecht der Landesregierung. Anstatt echte Mitbestimmung zu ermöglichen, werde jetzt gesetzlich normiert, was längst Praxis sei: Seniorenbeiräte können gebildet werden, müssen aber nicht, Seniorenbeauftragte können installiert werden und müssen auch nicht. „Das Gesetz strotzt vor Kann-Bestimmungen und mangelnder materieller Unterstützung für die Seniorinnen und Senioren in Thüringen.“ DIE LINKE hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der echte Mitbestimmung vorsieht mit der Pflicht zur Bildung von Seniorenbeiräten auf kommunaler und Landesebene sowie zur engen Zusammenarbeit der Seniorenbeiräte und Seniorenorganisationen. Das Seniorenmitwirkungsrecht der Landesregierung verhindere eine echte Mitbestimmung. „Wer eine jahrelange Diskussion mit einem Placebo-Gesetz abbrechen, brüskiert die aktiven Senioren in diesem Land und signalisiert ihnen, dass echte Mitarbeit nicht gewollt ist“, sagte Karola Stange.

## Aus der Linksfraktion: Drei Landrätinnen, eine Oberbürgermeisterin und ein Bürgermeister

Groß war die Freude in der Landtagsfraktion der LINKEN nach den Stichwahlen zu den Landrats-Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen in Thüringen am 6. Mai. Alle sieben Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN, darunter die vier Frauen aus der Linksfraktion im Thüringer Landtag, konnten sich gegenüber ihren Mitbewerbern durchsetzen. Mit den Landtagsabgeordneten Petra Enders (Ilm-Kreis), Birgit Keller (Landkreis Nordhausen), Michaela Sojka (Kreis Altenburger Land) und Katja Wolf (Stadt Eisenach) hat Thüringen jetzt drei LINKE Landrätinnen und eine LINKE Oberbürgermeisterin. Bereits im ersten Wahlgang, am 22. April, hatte der Abgeordnete

## „Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal“

Auf großes öffentliches Interesse war die Pressekonferenz in der Linksfraktion zur Vorstellung des Buches „Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal“ gestoßen. 24 Expertinnen und Experten aus Medien, Politik, Wissenschaft und antifaschistischen Initiativen gehen in dem Sammelband, der zum Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai erschienen ist, offenen Fragen rund um das Entstehen des NSU, der Neonazi-Szene in Thüringen und Sachsen, militanten Neonazi-Netzwerken und dem Versagen und Wegschauen der Behörden nach. „Wir wollen das dubiose Handeln der Geheimdienste ins Licht der Öffentlichkeit zerren und die bisherigen Bemühungen um die parlamentarische Aufklärung resümieren“, erklärte der Herausgeber und Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow. Er hob den breiten Ansatz des Buches hervor mit der „Außensicht von Menschen, die

von dem Terror belastet waren“: Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma; Aiman A. Mazzyk, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland; Wolfgang Nossen, Vorsit-

zender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen; Ottomar Rothmann, der im KZ Buchenwald eingekerkert war und „in besonderer Anerkennung seiner Verdienste um das Vermächtnis von Buchenwald“ im vergangenen Jahr Ehrenbürger der Stadt Weimar wurde. Das in relativ kurzer Zeit entstandene Buch sei auch deshalb so wichtig, weil trotz dreier Untersuchungsausschüsse und verschiedener Kommissionen der öffentliche Eindruck bestehe, dass es bei der Aufklärung des Nazi-Terrors „nicht so richtig vorwärts geht“, sagte Kerstin Köditz, Mitglied des Sächsischen Landtages für DIE LINKE und Obfrau ihrer Fraktion im dortigen NSU-Untersuchungsausschuss, beim Pressegespräch. „Wir alle müssen uns in die Verantwortung nehmen“, betonte Katharina König, Sprecherin der Thüringer Linksfraktion für Antifaschismus, auch mit Blick auf wachsende Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft. Martina Renner, für die LINKE stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag, kritisierte vor allem die Extremismuskonzepte – „die Behörden haben das Problem eher bei der gesellschaftlichen Linken als bei den Neonazis gesucht“.



zender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen; Ottomar Rothmann, der im KZ Buchenwald eingekerkert war und „in besonderer Anerkennung seiner Verdienste um das Vermächtnis von Buchenwald“ im vergangenen Jahr Ehrenbürger der Stadt Weimar wurde. Das in relativ kurzer Zeit entstandene Buch sei auch deshalb so wichtig, weil trotz dreier Untersuchungsausschüsse

## Dem Landtag jetzt erstmals ein barrierefreier Antrag vorgelegt

Der Thüringer Landtag erlebt jetzt eine Premiere – „dem Parlament, wo meist das Gegenteil von leichter Sprache produziert wird, legt DIE LINKE einen Antrag vor, der in Leichter Sprache verfasst ist, in Brailleschrift und auch in Form einer Audio-Datei ausgefertigt wurde“, so Bodo Ramelow. Der Fraktionsvorsitzende hatte im Rahmen eines Pressegesprächs die Initiative gemeinsam mit der Behindertenpolitikerin Karola Stange im landesweit einzigen Büro für Leichte Sprache beim Christlichen Jugenddortwerk (CJD) in Erfurt vorgestellt, das auch den Antrag „übersetzt“ hatte.

Er sagte, „wir werden dabei alle zusammen Teil eines lebendigen



Prozesses“. Die Leiterin des Büros, Nancy Bracke, verwies darauf, dass neben Menschen

mit Lernbehinderungen gerade für ältere Menschen, „die die größere Schrift brauchen“, und ausländische Mitbürger die Leichte Sprache wichtig sei. Gemeinsam mit dem Vertreter des Thüringer Gehörlosenverbandes, Erhard Müller, wurde über die noch immer ausstehende Möglichkeit diskutiert, dass ausgewählte Tagesordnungspunkte von Landtagssitzungen durch Gebärdendolmetscher übersetzt werden. Der Antrag der LINKEN fordert zudem die barrierefreie Gestaltung der Parlamentsdokumente sowie der Internetpräsentation der Landesregierung.

der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Ralf Hauboldt, mit dem

von Sömmerda die Wahl gewonnen. „Ihr habt gezeigt, dass Abge-

Menschen bauen können“, gratulierte Bodo Ramelow (im Foto mit Katja Wolf, Michaela Sojka und Birgit Keller, v.l.).



hervorragenden Ergebnis von 65,5 Prozent als Bürgermeister

ordnete der Linksfraktion vor Ort eine Politik machen, auf die die

Für die Fraktion haben diese hervorragenden Wahlergebnisse ganz praktische Konsequenzen. Nach der Amtseinführung der drei Landrätinnen, der Oberbürgermeisterin und des Bürgermeisters am 1. Juli wird die LINKE im Thüringer Landtag fünf neue Abgeordnete als Nachrückerinnen bzw. Nachrücker begrüßen können: Diana Skibbe, Johanna Scheringer-Wright, Ralf Kalich, Maik Nothnagel und Dirk Möller. Während die ersten vier bereits in der vergangenen Legislatur der Fraktion angehört, kommt Dirk Möller neu hinzu.





## Girls' Day bei der SPD-Fraktion

Die SPD-Landtagsabgeordnete Eleonore Mühlbauer weiß, dass es für den Freistaat Thüringen wichtig ist, Mädchen frühzeitig für Technik, Naturwissenschaften, Handwerk und IT zu begeistern. Sie fordert: „Junge Frauen in Naturwissenschaften und Technik, in die Forschung und die Politik!“ Nur dadurch könne dem drohenden Fachkräftemangel wirksam begegnet werden. Gemäß diesem Motto hat die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag zum 12. Girls' Day vier junge Frauen eingeladen, um sie über die Arbeit im Landtag zu informieren und ihnen die SPD-Fraktion vorzustellen.

*Im Bild: Eileen Kamp aus Arnstadt, die Landtagsabgeordnete Eleonore Mühlbauer, Anna Maria Gimm aus Waltershausen, Paula Biesenthal aus Jena, der Abgeordnete Wolfgang Lemb und Pauline Lemb aus Gröna im Plenarsaal des Thüringer Landtags.*

## Kanis: In Zukunft auch öffentliche Petitionen in Thüringen möglich

„Mit der Novellierung machen wir einen wichtigen Schritt zu einer verbesserten demokratischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger.“ So be-



## Künast begrüßt neues Seniorenmitwirkungsgesetz

„Wir meinen es mit einer besseren Mitwirkung für die Thüringer Seniorinnen und Senioren ernst“, so Dagmar Künast, die seniorenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Anschluss an die Plenarsitzung des Thüringer Landtages, in der auf Grundlage eines Gesetzesentwurfes des SPD-geführten Sozialministeriums ein neues Seniorenmitwirkungsgesetz verabschiedet wurde. Das



Gesetz sieht unter anderem die Bildung von Seniorenbeiräten und die Wahl ehrenamtlicher Seniorenbeauftragter in den Landkreisen und kreisfreien Städten vor. Des Weiteren soll der Landes-seniorenbeirat in einen Seniorenrat mit hauptamtlich geführter Geschäftsstelle umstrukturiert werden. „Wir wollen in Thüringen ein flächendeckendes Netz an Seniorenbeiräten

schaffen. Auch die Neukonstituierung des Landesseniorenrates wird dessen Rechtsstellung stärken“, erläutert Künast. „Der heutige Landesseniorenbeirat beruht lediglich auf einem Er richtungserlass.“ Die Möglichkeit des Landesseniorenrates, sich einer hauptamtlich geführten Geschäftsstelle zu bedienen, würde dessen Einfluss auf die politischen Entscheidungen des Landes stärken. Künast: „Das Gesetz wird die politische Mitwirkung der Thüringer Seniorinnen und Senioren merklich verbessern, ohne dabei die Kommunen zu überfordern.“

wertet Regine Kanis, Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für Petitionen, den vom Landtag beschlossenen Gesetzesentwurf der Regierungskoalition zur Novellierung des Thüringer Petitionsgesetzes.

Er sieht vor allem die Einführung öffentlicher, also online veröffentlichter und online mitzeichnungsfähiger Petitionen von allgemeinem Interesse vor. „Wir haben uns dabei insbesondere an den guten Erfahrungen des Bundestages orientiert, bei dem bereits seit 2005 das Einreichen öffentlicher Petitionen möglich ist“, erklärt Kanis. Das Gesetzesvorhaben zielt zudem auf eine stärkere Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen ab. So sollen Petitionen künftig auch in Brailleschrift und in Gebärdensprache eingereicht werden können.

„Nun bekommt Thüringen ein modernes Petitionsrecht, das sich mit den Regelungen des Bundestages und anderer Bundesländer zu öffentlichen Petitionen ohne weiteres messen kann“, ist Kanis überzeugt.

## „Metamorphe Gedanken“

Ute Zyrus, Jahrgang 1964, Grafikerin und Malerin aus Nordhausen, gilt nicht nur in Thüringen als eine herausragende künstlerische Persönlichkeit. Ihre „Metamorphosen Gedanken“ sind seit dem 8. Mai im Rahmen der Ausstellungsreihe „Kunstvoll im Gang“ bei der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag zu sehen. „Wir laden alle Interessierten dazu ein, sich von der Bilderwelt dieser tollen Künstlerin entführen zu lassen“, machte David Eckardt,



der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, bei der Ausstellungseröffnung deutlich. „Die Werke zeigen Elemente und Formen, die sich zu neuem Leben wandeln, sie erhalten durch Zueinanderfinden einen anderen Sinn – ein anderes Sein – und wenn es nur in einer Traumwelt ist.“

**Die Ausstellung ist noch bis zum 10. Juli 2012 täglich von 8 bis 17 Uhr zu sehen.**

Vom 4. bis 5. Mai 2012 traf sich die Arbeitsgruppe Sozial-, Gesundheits-, und Familienpolitik der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der FDP auf Einladung des Arbeitsgruppenvorsitzenden Marian Koppe in Erfurt. Im Rahmen ihrer Beratungen im Landtag setzten sich die Liberalen aus Bund und Ländern mit aktuellen Fragen der Sozial- und Gesundheitspolitik auseinander. Besonders freute sich der Thüringer FDP-Fraktionsvorsitzende Uwe Barth über den Besuch von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP). Auch Landtagspräsidentin Birgit Diezel begrüßte den Gast aus Berlin und verwies auf die gute Zusammenarbeit mit der FDP-Landtagsfraktion, nicht nur in Fragen der Gesundheitspolitik. In der Pressekonferenz im Landtag mahnte Bahr die Verantwortung der Länder für Krankenhausinvestitionen an. „Die Häuser bestreiten noch zu viele Investitionen aus den Vergütungen der Krankenkassen“, sagte der Minister. Doch bleibe

## FDP-Gesundheitspolitiker tagten in Erfurt Bundesgesundheitsminister Bahr erstmals zu Besuch in Thüringen



Minister Bahr besucht Sora Mohammed aus Afghanistan im Katholischen Krankenhaus.

die Forderung bestehen, dass auch die Länder diese Investitionen tragen müssten. Der Gesundheitsminister nahm Bezug auf ein von seinem Ministerium veröffentlichtes Hebammengutachten. Er forderte die Krankenkassen auf, bei den nächsten Vergütungsverhandlungen die bei den Hebammen durch höhere Versicherungsprämien entstandenen Kosten zu berücksichtigen. Mit Blick auf das Versorgungsstrukturgesetz forderte der Minister die Länder auf, „die Möglichkeiten des Gesetzes wirklich zu nutzen“. Die Länder könn-

ten und müssten jetzt selbst „in der Fläche“ Anreize für die Ansiedlung von Medizinerinnen schaffen. „Es wird zu einem Wettbewerb unter den Ländern um die besten Ärzte kommen“, sagte der Minister. Auch die Praxisgebühr sprach der Minister an. „Die Abschaffung ist noch nicht vom Tisch“, sagte er. Einstimmig sprachen sich die FDP-Gesundheitspolitiker der Länder für die Abschaffung aus. „Die Praxisgebühr ist ein Bürokratiemonster für die Ärzte, ein Ärgernis für viele Patienten und hat ihr Ziel mehr als verfehlt“, machte Marian Kop-

pe deutlich. An den Beratungen der FDP-Gesundheits- und Sozialpolitiker nahm auch die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Mechthild Dykmans teil. Ihr Bericht sowie aktuelle Themen der Gesundheitspolitik standen auf der Tagesordnung am Freitag. Die Abendveranstaltung widmete sich mit einem interessanten Vortrag des Direktors des Verbandes der Privaten Krankenversicherung, Dr. Volker Leienbach, der Zukunft der Gesundheitsfinanzierung. Im Anschluss an das Treffen im Landtag besuchten Daniel Bahr und Marian Koppe das Katholische Krankenhaus in Erfurt-Südost. Beide zeigten sich sehr beeindruckt von der Ausstattung der Klinik. In der Physiotherapie besuchte sie die achtjährige Sora Mohammed Zia aus dem afghanischen Faisabad. Sie wird nach einem schweren Verkehrsunfall von den Erfurter Ärzten behandelt. Nach einem Besuch der neuen Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe und einem Gespräch mit der Krankenhausleitung verabschiedete sich der Minister wieder in Richtung Berlin. Der Besuch auf Einladung der FDP-Landtagsfraktion war seine erste Dienstreise als Bundesgesundheitsminister nach Thüringen.

## Thüringer Ladenöffnungsgesetz produziert fast nur Verlierer FDP fordert Rücknahme des Gesetzes und prüft Normenkontrollklage

„Das neue Ladenöffnungsgesetz mit dem Verbot der Arbeit an mindestens zwei Samstagen im Monat produziert fast nur Verlierer“, fasste der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Thomas L. Kemmerich, die Stellungnahmen im Rahmen einer Podiumsdiskussion (Foto) zusammen, zu der die FDP am 10. April in Erfurt eingeladen hatte. Dabei hatten unter anderem auch Betriebsräte berichtet, dass ihre Belegschaft die Thüringer Neuregelung ablehne. „Ver.di trommelt öffentlich für die schwarz-rote Regelung und vergisst dabei das Wichtigste: die Interessen ihrer Mitglieder“, so Kemmerich. Viele Unternehmen unterstrichen während der Veranstaltung im comcenter in Erfurt, dass sie ihre Mitarbeiter gut und erfolgsabhängig bezahlen. Die neue Regelung führe daher zu Einkommenseinbußen, weil die Arbeitnehmer gerade am umsatzstärksten Tag der Woche

zweimal im Monat zu Hause bleiben müssten. „Durch das politische Eingreifen der schwarz-roten Regierungskoalition wurde ein Beschäftigungsverbot eingeführt, das insbesondere

he Gut der Tarifautonomie, sondern ver.di schiebe dem staatlichen Handeln einerseits den Schwarzen Peter zu und rufe gleichzeitig wieder nach staatlichem Eingreifen. Obwohl der



auch Mütter betrifft, die ausschließlich samstags arbeiten können“, kritisierte Kemmerich. Die gesetzliche Regelung sei nicht nur ein Eingriff in das ho-

Wirtschaftsminister seine gute Beziehung zu den organisierten Arbeitnehmervertretungen immer wieder betone, bleibe er in der aktuellen Diskussion merk-

würdig still, wunderte sich Kemmerich. Die umstrittenen Regelungen waren auf Bestreben der CDU-Parlamentarier ohne vorherige Ausschussberatung in das Gesetz aufgenommen worden. Die Landesregierung verweist auf die ausstehende Rechtsverordnung. Auf Antrag der FDP-Fraktion war diese Ende April Gegenstand der Beratung im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit des Landtages. Leider sei die Sozialministerin Heike Taubert nicht auskunftsbereit gewesen, monierte der sozialpolitische Sprecher Marian Koppe im Anschluss. Der Entwurf werde im Kabinett beraten, so die Ministerin. Konkrete Nachfragen zum Inhalt der Verordnung wollte Taubert nicht beantworten. „Ausnahmeregelungen können bei der Vielzahl von betroffenen Geschäften vom Museumsladen bis zur Tankstelle das Problem ohnehin nicht grundsätzlich lösen“, so Kemmerich.



## Kosten und Zweck klären

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde im Landtag über Kosten und Nutzen des Thüringer Erziehungsgeldes diskutiert.

„Über 310 Millionen Euro hat das Landeserziehungsgeld beziehungsweise das Thüringer Erziehungsgeld seit 1998 gekostet – plus Zinsen für Schulden und Verwaltung. Das Geld ist verpufft, ohne die wirt-

schaftliche Situation von Familien nachhaltig zu verbessern“, sagt Anja Siegesmund, familienpolitische Sprecherin der bündnisgrünen Fraktion.

Das Betreuungsgeld konterkariert aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Bestreben nach mehr Chancengerechtigkeit. „Priorität müssen der Kita-Ausbau und eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bil-

dung haben“, so Siegesmund. „Damit bekommen alle Kinder die gleichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start ins Leben.“ Der Antrag wurde nicht weiterverwiesen, auch die Auswirkungen des geplanten Bundesbetreuungsgeldes auf das Thüringer Erziehungsgeld blieben unklar. „Aber wenn schon im Bund ein verfehltes Gesetz installiert wird, kann wenig-



Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Thüringer Landtag  
Pressestelle  
Tel.: 0361 37 72666  
Fax: 0361 37 72665  
www.gruene-fraktion.thueringen.de

tens Thüringen darauf verzichten“, schließt Siegesmund.

## Thüringer Eiweißstrategie – nicht abgehakt

CDU und SPD hatten mit ihrem Antrag für eine Thüringer Eiweißstrategie ein wichtiges Thema auf die Tagesordnung des Landtages gebracht.

„Leider waren sowohl die Problemanalyse als auch die Lösungsvorschläge fachlich wenig hilfreich, so dass unsere Fraktion einen eigenen Antrag eingebracht hat“, sagt Dr. Frank Augsten, agrarpolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dieser Antrag berücksichtigte im Unterscheid zu dem der Regierungsfractionen nicht nur die Verwendung von Eiweißpflanzen als Tierfutter, sondern auch das innovative Potenzial von Bohne, Erbse, Klee & Co. in den Bereichen Ener-

gieerzeugung, stoffliche Verwertung und die menschliche Ernährung. Denn die sogenannten einheimischen Leguminosen können gegen die billigen Sojaimporte nur dann konkurrieren, wenn alle Vorzüge der stickstoffsammelnden Pflanzen und alle Verwertungspotenziale ausgeschöpft werden.

„Es ist bedauerlich, dass CDU und SPD – anders als bei solchen außergewöhnlich wichtigen Themen – gegen eine Überweisung in den Agrar- und Umweltausschuss stimmten“, sagt Augsten. „Wir werden das Thema aber nicht abhaken und eine erneute Befassung im Ausschuss beantragen.“



Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat – unter anderem am 19. April in Arnstadt – die ersten regionalen Ergebnisse ihrer Studie „ThüringenTakt – Qualitätsinitiative für Öffentlichen Verkehr in Thüringen“ vorgestellt. „Der Öffentliche Nahverkehr muss ein Grundangebot an Mobilität schaffen, das angesichts weiter steigender Kraftstoffpreise unabdingbar für gleichwertige Lebensverhältnisse außerhalb der Ballungsräume ist“, so Jennifer Schubert, verkehrspolitische Sprecherin der Bündnisgrünen.



Dirk Adams, innenpolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Mitglied im parlamentarischen Untersuchungsausschuss, diskutierte am 25. April auf Einladung der grünen Hochschulgruppe Intergrün zum Thema „Thüringen – Paradies für Nazis?“. „Jetzt kommt der konsequenten parlamentarischen Aufarbeitung die höchste Bedeutung zu. Das komplexe Versagen der Sicherheitsbehörden wie im Fall des NSU darf sich so nicht wiederholen“, sagte Adams.

## Zum Gewaltschutzgesetz - Gewalt ist nie privat

Vor gut zehn Jahren trat unter Rot-Grün im Bund das Gewaltschutzgesetz in Kraft, welches einen Paradigmenwechsel in Deutschland einleitete. Im Mai beriet dazu der Thüringer Landtag auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.

„Seit zehn Jahren ist häusliche Gewalt keine Privatsache mehr. Leitlinie des Gesetzes ist: Wer

schlägt, geht. Und das war überfällig! Nach gut zehn Jahren ist es jedoch auch in Thüringen gut und wichtig, ein Resümee zu ziehen und notwendige Verbesserungen zu beraten. Leider verweigerte sich auch in dieser Frage die Koalition und lehnte eine vertiefende Ausschussberatung ab, was wir ausdrücklich bedauern“, so Astrid Rothe-Beinlich,

frauenpolitische Sprecherin unserer Fraktion.

Mit dem Gewaltschutzgesetz wurde der Schutz auch im privaten Umfeld zur staatlichen Aufgabe. Die Möglichkeit der Wegweisung des Täters aus der Wohnung war und ist hier ein entscheidender Meilenstein bei der Stärkung von Betroffenen von Gewalt. Unsere Fraktion hat

auch auf die besondere Situation von Migrantinnen und von Frauen mit Behinderungen hingewiesen, die unter Gewalt leiden.

„Auch diese gilt es zu stärken und in den Blick zu nehmen. Deshalb wäre eine Beratung im Gleichstellungsausschuss durchaus angezeigt gewesen“, ergänzt Astrid Rothe-Beinlich.

## Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte  
des Freistaats Thüringen  
www.bueb.thueringen.de  
Tel.: 0361 3771871  
Fax: 0361 3771872  
Mail: buergerbeauftragte@  
landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter  
für den Datenschutz  
www.thueringen.de/datenschutz  
Tel.: 0361 3771900  
Fax: 0361 3771904  
Mail: poststelle@datenschutz.  
thueringen.de

Die Landesbeauftragte  
für die Unterlagen des  
Staatssicherheitsdienstes der  
ehemaligen DDR  
www.thueringen.de/tlstu  
Tel.: 0361 37 71951  
Fax: 0361 37 71952  
Mail: tlstu@t-online.de

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Thüringer Landtag  
Pressestelle  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

**Redaktion:**  
Dr. Detlef Baer

**Satz und Layout:**  
Ines Born

**Druck:**  
TDP GmbH  
Thüringer Druckhaus & Printpartner  
Eisenach

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die  
Fraktionen und Beauftragten verant-  
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint  
monatlich.  
Der Bezug ist kostenfrei sowohl  
über den Postweg als auch über  
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 3772006  
Fax: 0361 3772004

poststelle@landtag.thueringen.de  
www.thueringen-landtag.de



## Die Bürgerbeauftragte

### Tagung der parlamentarisch gewählten Bürgerbeauftragten in Lübeck

Am 31. März 2012 trafen sich die Bürgerbeauftragten der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen zu ihrer turnusmäßigen Arbeitssitzung in Lübeck. An dieser nahm erstmalig der neue Amtsinhaber in Mecklenburg-Vorpommern, Matthias Crone, teil.

Bei den erörterten Fachthemen nahm der Bereich Soziales erneut den größten Raum ein. Die Verfahrens- und Bearbeitungsdauer beim Bildungs- und Teilhabepaket sowie die Möglichkeiten und Grenzen einer satzungsrechtlichen Regelung im

Bereich der Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung im Bereich des SGB II waren ebenso Gegenstand der Erörterungen wie die Probleme im Bereich der Gewährung des sog. Persönlichen Budgets und der Feststellung des Grades der Behinderung im Bereich des SGB IX. Die Bürgerbeauftragten tauschten sich auch über die in der Bevölkerung sehr konfliktbehaftete Akzeptanz von Windkraft- und Biogasanlagen, immer wieder auftretende Schwierigkeiten bei der Schülerbeförderung und Unsicherheiten bei der rechtlichen Handhabung

sog. genehmigungsfreier Bauvorhaben aus. Anlass zur Diskussion gaben auch die beiden Urteile des Bundesverfassungsgerichtes vom 09.11.2011 und 30.11.2011 (Az.: 1 BvR 3269/09; 1 BvR 656/10; 1 BvR 665/10) zur Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht, denen zufolge die unterschiedliche Behandlung bestimmter Personengruppen im Befreiungsverfahren in zwei Fallkonstellationen gegen den Gleichheitsgrundsatz aus Art. 3 Abs. 1 GG verstößt.

Das nächste Treffen der Bürgerbeauftragten findet am 25.09.2012 in Erfurt statt.

## Der Datenschutzbeauftragte

### Internetpranger kann jeden treffen!

Es kann jeden treffen, Opfer eines Internetprangers zu sein. Plattformen, auf denen bspw. bestimmte Berufsgruppen beurteilt werden können, gibt es derzeit einige. Als bekannteste ist wohl „www.spickmich.de“ anzusehen, auf welcher Schüler Lehrer beurteilen können. Es gibt aber auch andere Plattformen, auf denen Bürger Ärzte beurteilen, unabhängig davon, ob sie deren Patienten waren. Auch auf Webseiten, insbesondere in Blogs oder Gästebüchern besteht die Gefahr im Internet an den Pranger gestellt zu werden. Dies oft ohne Kenntnis des Betroffenen. Aus datenschutzrechtlicher Sicht haben die Betreiber dieser Seiten eine besondere Sorgfaltspflicht. Natürlich

ist die freie Meinungsäußerung nach Art. 5 GG ein Grundrecht. Dieses findet aber seine Schranken in dem Recht der persönlichen Ehre. So können anprangernde Wirkungen von der Verbreitung zutreffender, aber allgemein als negativ bewerteter Tatsachen mit Persönlichkeitsbezug ausgehen. Auch Werturteile können ehrverletzend sein. Der Betroffene muss dies nach der Rechtsprechung nur hinnehmen, wenn eine Abwägung mit den Belangen der Meinungsfreiheit ergibt, dass der Schutz seines Persönlichkeitsrechts zurückzutreten hat. Zu beachten sind dabei auch die unterschiedliche Form und Intensität der Anprangerung (vgl. BVerfG, 1 BvR 1060/02 vom 24.5.2006, Abs.-Nr.

33 ff.). Entscheidend ist, dass der eindeutig zu identifizierende Betroffene öffentlich bestimmten Schmähungen ausgesetzt wird, die in keiner Weise gerechtfertigt sind. Datenschutzrechtlich gesehen stellt die Anprangerung über das Internet eine besonders intensive Form des Eingriffs in das allgemeine Persönlichkeitsrecht dar, da eine größere Öffentlichkeit angesprochen wird. Problematisch ist zudem, dass eine erwirkte Unterlassung der Verbreitung schwer durchzusetzen ist, da es noch keinen digitalen Radiergummi gibt, der auch Kopien von diesen ehrverletzenden und zu löschenden Daten (Text, Foto, Videos) vernichtet, die Dritte von der Veröffentlichung erstellt haben.

## Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

### Die Thüringer Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen lud ein zu einer Diskussion mit Radsportlegende Wolfgang Löttsch

„Der schwierige Weg des Radsport-Jahrhunderttalents in der DDR“

Der Ausnahme-Radsportler Wolfgang Löttsch kam am 8. Mai nach Suhl.

Trotz zahlreicher Siege bei vielen Rennen, durfte Wolfgang Löttsch nicht bei der Friedensfahrt, Weltmeisterschaften oder Olympischen Spielen starten. Weil sein Cousin Jahre zuvor in den Westen floh und Löttsch nicht in die SED eintreten wollte, galt auch er plötzlich als verdächtig. Dabei wollte er ursprünglich der DDR gar nicht den Rücken kehren. Seiner Entlassung aus dem Sportclub Karl-Marx-Stadt 1972 und damit dem

Ende jeglicher sportlichen Förderung, folgten 1976 zehn Monate im Stasi-Knast wegen angeblicher Staatsverleumdung. Er war alles andere als ein Revoluzzer, aber er war auch kein Opportunist. Und das genügte, um sich den Unwillen eines ganzen Staates zuzuziehen. So begann das Spießrutenlaufen. Doch Wolfgang Löttsch ließ sich nicht unterkriegen. In Betriebssportgemeinschaften trainierte er verbissen weiter, wurde DDR-Meister auf der Bahn, fuhr siebzehn Jahre bis zum Mauerfall ohne Dopingmittel und sportmedizinische Betreuung gegen einen eisigen Wind von Sieg zu Sieg, bis hin zum da-

mals längsten Amateurrennen Prag-Karlsbad-Prag über 270 Kilometer, das er 1986 gewann. Aber in das westliche Ausland zu Wettkämpfen oder selbst nach Afrika, wo das DDR-Nationalteam öfters im Trainingslager war, durfte er bis 1989 nie reisen. Sein Schicksal, in die Fänge des DDR-Geheimdienstes geraten zu sein, seine Stasi-Überwachungs-Akte umfasst über 2000 Seiten, beschäftigt ihn bis heute.

Insgesamt 50 Stasi-Spitzel waren auf ihn angesetzt, darunter auch gute Freunde. Die Diskussion mit Wolfgang Löttsch fand am 8. Mai um 19 Uhr auf dem Friedberg in Suhl statt